

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

mit dem Ende des Schuljahres 2018/2019 möchten wir uns bei Ihnen für Ihre geleistete Arbeit im vergangenen Schuljahr bedanken, sei es im täglichen Unterricht, in der Schulleitung oder Schulaufsicht, in schulischen Unterstützungssystemen, in Gremien der Eltern, der Schülerinnen und Schüler, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung oder wo auch immer Sie mit Bildung in Berührung stehen, insbesondere in der Erwachsenenbildung.

Anfang Mai ist unser Arbeitskreis zu einer Klausur zusammengekommen, um die Weichen für die inhaltliche Arbeit der nächsten Monate zu stellen. Außerdem ist es uns mit einem Antrag zum HESSENSTIPENDIUM und der Vorstellung unseres Lehrkräftebildungsmodernisierungsgesetzes gelungen, zwei wichtige Vorstöße zu machen. Eine Novelle des Lehrerbildungsgesetzes ist längst überfällig. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren versäumt, Studieninhalte und den strukturellen Aufbau der Ausbildung den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft anzupassen und zu modernisieren. Gerade am Lehrkräftemangel zeigt sich sehr deutlich, wie groß der Handlungsbedarf ist. Unterrichtsausfall und fachfremder Unterricht, die auch in den vergangenen Newslettern immer eine bedeutende Rolle gespielt haben, sind nachweislich tägliche Realität in Hessen. Unser HESSENSTIPENDIUM ist eine von vielen Maßnahmen, die dazu beitragen kann, den Lehrkräftemangel in Mangelfächern endlich deutlich zu reduzieren.

Auf den folgenden Seiten haben wir die Inhalte unseres Gesetzes veranschaulicht. Als AK freuen wir uns nun auf die weitere Beratung in den Ausschüssen und im Plenum nach der Sommerpause.

Ich wünsche Ihnen erholsame Sommerferien und im Anschluss einen guten Start in das neue Schuljahr.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen
Arbeitskreisvorsitzender
Main-Kinzig-Kreis

Karin Hartmann
Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses;
Kreis Bergstraße



Turgut Yüksel
Integrationspolitischer
Sprecher;
Frankfurt



Kerstin Geis
stv. Arbeitskreisvorsitzende;
Kreis Groß-Gerau



Manuela Strube
Landkreis Kassel



KLICKEN SIE AUF DIE FOTOS, UM
AUF DIE WEBSITE DER/DES
ABGEORDNETEN ZU GELANGEN.

Inhaltsübersicht

LEHRKRÄFTEBILDUNGS- MODERNISIERUNGSGESETZ

2

LEHRKRÄFTEMANGEL

4

HESSENSTIPENDIUM

Personalnotstand und Unterrichtsausfall an
Förderschulen

LEHRERINNEN UND LEHRER/ SCHUL AUSFLÜGE

5

Entlastungsstunden zur Betreuung von
Lehrkräften im Vorbereitungsdienst
Verpflichtender Besuch einer KZ-Gedenkstätte?

DIGITALISIERUNG/ EHRENAMT UND SCHULE

6

Nachholbedarf beim Ganztagsausbau

IM GESPRÄCH/ TERMINE UND ANKÜNDIGUNGEN

7

Modernisierung der Lehrkräftebildung - Unser Gesetz:

Seit Jahren ist eine **Novelle des Lehrbildungsgesetzes** überfällig. Die hessische Lehrkräfteausbildung ist aus diesen Gründen schon lange nicht mehr zeitgemäß.

- ◆ **Zunehmende Diversität der Schülerschaft**
- ◆ **Ganztägige (rhythmisierte) Beschulung**
- ◆ **Bildung für nachhaltige Entwicklung**
- ◆ **Digitale Bildung und Jugendmedienschutz**
- ◆ **Integration**
- ◆ **Inklusion**
- ◆ **Arbeit in multiprofessionellen Teams**
- ◆ **Demokratische Mitbestimmung**
- ◆ **Berufs- und Lebensweltorientierung**

Die hessische Landesregierung hat bislang nicht auf die **wachsenden Herausforderungen** reagiert, mit denen Lehrerinnen und Lehrer tagtäglich konfrontiert werden. Sie hat versäumt, dafür zu sorgen, dass überhaupt ausreichend Lehrkräfte ausgebildet werden. Stattdessen nimmt sie Unterrichtsausfall billigend in Kauf und setzt seit Jahren schon auf Laien als Lehrkräfte. Das muss sich endlich ändern!

13. JUNI - EINBRINGUNG DES GESETZESENTWURFS

Die zugehörige Pressemeldung vom 13.06. finden sie [hier](#).

19. JUNI - ERSTE LESUNG IM HESSISCHEN LANDTAG

Das Video der Plenardebatte finden Sie [hier](#) auf dem Youtube-Kanal des Hessischen Landtags.

Die am 19.06. veröffentlichte Pressemitteilung anlässlich der Plenardebatte finden Sie [hier](#).

nach der Sommerpause:

1. Beratung im Kulturpolitischen Ausschuss am 21.08.19

Anhörung

Zweite und dritte Lesung im Plenum



Lehrkräftebildungsmodernisierungsgesetz

Das Gesetz im Überblick - was wir ändern wollen:

Erhöhung der Studienzeit für alle Lehrämter auf zehn Semester

Die Lehramtsstudiengänge werden gleichgestellt. Besonders Grund- sowie Haupt- und Realschullehramt (bisher 7 Semester Regelstudienzeit) werden gestärkt. Wir wollen die nötigen zeitlichen Kapazitäten schaffen, um neue verbindliche Ziele in der Ausbildung zu verankern und die Lehramtsausbildung inhaltlich auf die Höhe der Zeit bringen.

Gestufte Lehramtsstudiengänge

Statt mit der 1. Staatsprüfung soll der universitäre Teil der Ausbildung mit dem Master abgeschlossen werden. Ein Wechsel zum Lehramt hin und vom Lehramt weg sowie der qualifizierte Quereinstieg werden dadurch einfacher. Die Sonderstellung des Lehramts wird beendet und die internationale Vergleichbarkeit des Abschlusses deutlich verbessert.

Referendariat verbessern - Lehrkräfteakademie stärken

Das Referendariat bleibt bestehen und wird mit der Staatsprüfung abgeschlossen. Wir wollen die Studienseminare stärken und ihnen mehr Freiraum bei der Ausgestaltung des Vorbereitungsdienstes zugestehen. Außerdem soll die Kooperation von Universitäten und Studienseminaren ausgebaut werden. Die Hürden, um ein Teilzeitreferendariat zu absolvieren, werden gesenkt.

Recht auf Fortbildung

Fortbildungen sind elementar wichtig und verdienen einen höheren Stellenwert. Über regionale Kompetenzzentren soll die staatliche Lehrkräftefortbildung ausgebaut werden. Neben der bestehenden Pflicht zur Fortbildung, soll es künftig für alle Lehrkräfte auch das *Recht auf Fortbildung* geben.



Lehramt für Förderpädagogik

Aus dem *Lehramt für Förderschulen* wird das *Lehramt für Förderpädagogik*. Damit soll deutlich werden, dass die in diesem Studium erworbenen Kompetenzen nicht nur an Förderschulen, sondern vermehrt auch an anderen Stellen gebraucht werden. Die sonderpädagogischen Fachrichtungen werden an die sog. Förderschwerpunkte angepasst.

Neue Fächer im Lehramt für Gymnasien

Im Studium für das Lehramt an Gymnasien wird der Fächerkanon um zwei neue Fächer erweitert.

Die Wiedereinführung von „Arbeitslehre“ soll der Lebens- und Berufsorientierung künftig mehr Gewicht verleihen.

„Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache“ soll der wachsenden Internationalität an Gymnasien Rechnung tragen und Integration erleichtern.

Anpassung beim Praxissemester

Wir wollen die Erprobung des Praxissemesters in allen gestuften Lehramtsstudiengängen. Dabei soll es im Masterstudium und somit zu einem späteren Zeitpunkt als bisher verankert werden. Die schulpraktischen Studien im Bachelor-Studium sind dadurch nicht zu ersetzen. Unabhängig vom Praxissemester soll zu Beginn des Bachelorstudiums eine Reflexion persönlicher Kompetenzen stattfinden.

Lehrkräftemangel abbauen

HESENSTIPENDIUM

In Hessen fehlen Lehrerinnen und Lehrer. Statt die Situation ernst zu nehmen und entsprechende nachhaltige Maßnahmen auf den Weg zu bringen, greift die Landesregierung seit Jahren vermehrt auf Personen ohne Lehrbefähigung zurück.

Das von uns in einem Antrag geforderte HESSENSTIPENDIUM, das wir bereits in unserem Regierungsprogramm zur Landtagswahl vorgestellt haben, stellt eine Maßnahme dar, dem Lehrermangel dort, wo er am größten ist, langfristig entgegenzuwirken.

Ein Stipendium, das Lehramtsstudierende für berufliche Schulen sowie für diverse Mangelfächer in allen Schulformen gezielt fördert, soll Anreize schaffen, ein solches Studium aufzunehmen. Neben angehenden Studierenden können über das Stipendium auch Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus den Bereichen Musik, Kunst, Sport, Informatik, Mathematik sowie aus naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen für das Lehramtsstudium gewonnen und für Mangelfächer bedarfsdeckend qualifiziert und gefördert werden.

Die Stipendiatinnen und Stipendiaten verpflichten sich im Gegenzug, nach dem abgeschlossenen Referendariat für mindestens drei Jahre an einer hessischen Schule zu unterrichten.

Aus unserer Sicht genügt es nicht, nur neue Studienplätze zu schaffen. Es gibt Fächer und Fachrichtungen, bei denen selbst eine Verdoppelung der Studienplätze nicht helfen würde, weil sich einfach zu wenige dafür interessieren. Hier ist es an der Landesregierung, entsprechende Anreize zu setzen und die Attraktivität der betroffenen Lehrämter und Fächer zu steigern.

Der Antrag wurde vom Plenum zur Beratung in den Kulturpolitischen Ausschuss sowie den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen.

Unser Antrag „HESENSTIPENDIUM – Anreize setzen, Lehrkräfte gewinnen, Unterrichtsausfall reduzieren“

Unsere Pressemitteilung „Hessen braucht ein Lehramtsstipendium“

Personalnotstand und Unterrichtsausfall an Förderschulen

Glaubt man Kultusminister Lorz, so ist die Unterrichtsversorgung in Hessen vollständig gewährleistet. Doch die Realität sieht anders aus. Wie die Offenbach-Post am 5. April 2019 berichtete, musste an der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule der Unterricht aus Personalnot für ganze Klassen entfallen. Individuelle Förderung könne durch den massiven Lehrermangel nicht mehr gewährleistet werden.

Dies nahmen wir zum Anlass, die Landesregierung in einem Berichts Antrag zur Lehrkräfteversorgung an hessischen Förderschulen zu befragen, mit der Realität des Unterrichtsausfalls zu konfrontieren und forderten sie auf, zu der Situation Stellung zu beziehen.

Die Antwort auf den Berichts Antrag zeigt sehr deutlich, dass es sich um ein hessenweites Problem handelt, das sich keineswegs nur auf diese eine Schule beschränkt.

Unser Berichts Antrag Personalnotstand und Unterrichtsausfall an Förderschulen durch Lehrermangel und das öffentliche Protokoll der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses (ab S.26)

Ausschnitte aus dem öffentlichen Protokoll des KPA:

„Von den insgesamt 4.897,51 den Förderschulen zugewiesenen Stellen bestanden zum Stichtag 05.04.2019 Vakanzen in folgendem Umfang:“ (nach Schulamtsbezirken)

BOW	-2,0 %	KS	-0,9 %
DADI	-1,8 %	LDLW	-2,3 %
F	-2,2 %	MKK	-2,6 %
FD	-3,2 %	MR	-1,4 %
GGMT	-8,5 %	OF	-1,8 %
GIVB	0,3 %	RTWI	-1,2%
HRWM	-4,9 %	SEWF	-0,1 %
HTW	-1,0 %	Hessen	-2,2%

„Im Wesentlichen aufgrund kurzfristiger Erkrankungen fiel der Unterricht an Förderschulen im Schuljahr 2018/2019 bis zum 11.04.2019 in verschiedenen Jahrgangsstufen an **64 Tagen** aus. „Tage“ heißt: Das sind Tage, an welchen eine Lerngruppe keinen Unterricht bekommen konnte. Davon waren **69 Lerngruppen** betroffen.“

„**76 %** der an hessischen Förderschulen bzw. an Beratungs- und Förderzentren tätigen Lehrkräfte verfügen über eine zweite Staatsprüfung im Lehramt für Förderschulen.“

Lehrerinnen und Lehrer

Entlastungsstunden zur Betreuung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst

In einer Pressemitteilung kündigte das Hessische Kultusministerium im Oktober 2018 eine Woche vor der Landtagswahl an, künftig pro zu betreuender Lehrkraft im Vorbereitungsdienst (LiV) eine Unterrichtsstunde zur Entlastung bereitzustellen. Diese Regelung solle zum 01.02.2019 umgesetzt werden. Als dies im März immer noch nicht umgesetzt war, fragten wir nach. Erst danach erfolgte die entsprechende Zuweisung an die Schulen.

Mit unserem Lehrkräftebildungsmodernisierungsgesetz fordern wir übrigens, dass pro Schule eine Lehrkraft im

Vorbereitungsdienst (LiV) in keiner Weise auf die Stundenzuweisung einer Schule angerechnet werden darf.

Zu unserer Kleinen Anfrage Entlastungsstunden zur Betreuung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst

Schulausflüge

Verpflichtender Besuch einer KZ-Gedenkstätte?

MÜNDLICHE FRAGE AUS DEM MAI-PLENUM

Frage der Abg.

„Wie beurteilt die Landesregierung die Forderung, alle Schulkinder in Hessen zum Besuch einer KZ-Gedenkstätte zu verpflichten?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Yüksel, die Landesregierung verfolgt das Ziel, allen hessischen Schülerinnen und Schülern den Besuch einer NS-Gedenkstätte mit entsprechender Vor- und Nachbereitung im Unterricht zu ermöglichen. Deshalb sollen die Gedenkstätten in Hessen weiterhin bei ihrer Arbeit gefördert und insbesondere die Entwicklung neuer Wege der Bildungsvermittlung mit digitalen Möglichkeiten angeregt werden. Zudem unterstützt die Hessische Landeszentrale für politische Bildung Besuche hessischer Gruppen in Gedenkstätten. Antragsberechtigt sind hessische Gruppen der Schul-, Jugend- und Erwachsenenbildung. In der Praxis stellen vor allem Schulen solche Anträge. Gefördert werden sowohl Eintagesbesuche als auch mehrtägige Projekte in Gedenkstätten, und zwar sowohl in Hessen als auch in Deutschland und im europäischen Ausland. Die Gedenkstättenbesuche werden im schulischen Unterricht vor- und nachbereitet. Darüber hinaus unterstützt das Hessische Kultusministerium durch abgeordnete Lehrkräfte die hessischen NS-Opfergedenkstätten Hadamar, Breitenau, Trutzhain und Stadtallendorf in ihrer pädagogischen Arbeit mit Schulen.“



Der Nationalsozialismus, seine Verbrechen und die Würdigung seiner Opfer sind verpflichtender Bestandteil der hessischen Kerncurricula, sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II.

Eine Verpflichtung zum Besuch von Gedenkstätten wird hingegen von den Gedenkstätten selbst und ihren Pädagogen überwiegend kritisch gesehen. So hält, um nur ein Beispiel zu nennen, der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Prof. Dr. Volkhard Knigge, eine Verpflichtung zum Besuch von KZ-Gedenkstätten für pädagogisch kontraproduktiv.“

Nachfrage des Abg. Yüksel:

„Herr Minister, ist Ihnen bekannt, wie viele Schulklassen in den letzten zwei Jahren eine KZ-Gedenkstätte besucht haben?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abgeordneter, wir führen dazu keine separate Statistik, aber das ließe sich sicherlich eruieren.“

Digitalisierung

Digitale Bildung in Hessen- schwarz-grünes „Regieren light“

Ende Mai haben die Bildungsverbände GEW, Landesschülervertretung, Grundschulverband, Landeselternbeirat und Elternbund Hessen e.V. in einem Positionspapier Anforderungen für die Umsetzung des Digitalpakts Schule formuliert. Als SPD-Landtagsfraktion begrüßen wir die Initiative und besonders die Forderung nach einem einheitlichen landesweiten Rahmenkonzept für digitale Bildung. Die Landesregierung entzieht sich hier ihrer Verantwortung und lässt die Schulen bei der Entwicklung der Medienkonzepte allein. Zudem ist die Vergabe der zur Verfügung stehenden Mittel an die Bedingung geknüpft, dass die Schulen ein solches Konzept vorlegen. Damit werden kleinere Schulen, für die die Entwicklung solcher Konzepte nicht so leicht zu stemmen ist, gegenüber größeren benachteiligt.

Die aktuelle Handhabung ist nicht nur ineffektiv, sondern führt am Ende zu einem unübersichtlichen Flickenteppich unterschiedlicher Medienkonzepte.

Wir fordern ein „Baukastensystem für schulische Konzepte“ seitens des Kultusministeriums, das an die verschiedenen Schultypen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen anpassbar ist, damit nicht jede Schule das Rad neu erfinden muss.

Zu unserer [Pressemitteilung](#) „Hessen braucht endlich ein Landeskonzept für digitale Bildung“

Ehrenamt und Schule

Engagement von Schülerinnen und Schülern in Hilfsorganisationen

MÜNDLICHE FRAGE AUS DEM MAI-PLENUM

Frage des Abg. Degen:

„Wie stellt die Landesregierung sicher, dass Schülerinnen und Schüler, die ehrenamtlich in Hilfsorganisationen aktiv sind und während der Schulzeit zu Einsätzen gerufen werden, vom Unterricht für die entsprechende Einsatzzeit freigestellt werden?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Degen, für die Freistellung von Schülerinnen und Schülern für ehrenamtliche Arbeit gelten die allgemeinen Regelungen, die in der Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses zu Befreiungen und Beurlaubungen niedergelegt sind. Nach § 3 Abs. 2 dieser Verordnung können Schülerinnen und Schüler in besonders begründeten Ausnahmefällen auf Antrag ihrer Eltern, volljährige Schülerinnen und Schüler auf eigenen Antrag vom Unterricht beurlaubt werden. Die Entscheidung trifft die Klassenlehrerin oder der Klassenlehrer, bei einer Beurlaubung für einen Zeitraum von mehr als zwei Tagen und in Verbindung mit Ferien die Schulleiterin oder der Schulleiter. Bei Auszubildenden in der Berufsschule findet das Ganze im Einvernehmen mit dem Ausbildungsbetrieb statt. Ob ehrenamtliches Engagement, das von der Schule im Zeugnis gewürdigt werden kann, während der Unterrichtszeit einen solchen begründeten Ausnahmefall darstellt, ist je nach Sachverhalt eine Einzelfallentscheidung. Ich würde aber sagen, bei Einsätzen für die bekannten Hilfsorganisationen sollte die Abwägung hier relativ einfach sein.“



Nachfrage des Abg. Degen:

„Ich will es an einem Beispiel deutlich machen: Es geht beispielsweise um junge Leute bei der freiwilligen Feuerwehr, die im Alter von 17 Jahren von der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung wechseln und dann zu Einsätzen der Feuerwehr gerufen werden, die nicht vorab beantragt werden können. Deshalb meine Frage: Wäre es nicht sinnvoll, dass Ihr Haus generell klarstellt, dass beispielsweise Einsätze der Feuerwehr, zu denen junge Leute, die noch an der Schule sind, gerufen werden, grundsätzlich zu Befreiungen führen? Das würde den jungen Leuten viel Sicherheit geben.“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abgeordneter, wir haben uns, als Ihre Frage einging, selbstverständlich die Frage gestellt, ob es in irgendeinem Fall ein konkretes Problem gegeben hat, und haben versucht, das zu eruieren, soweit wir das nachfragen konnten. Uns ist kein einziger Fall bekannt, wo sich das von Ihnen Geschilderte bisher als Problem herausgestellt hätte. Auch in der Kooperationsvereinbarung mit dem Landesfeuerwehrverband, die wir seit 2015 haben, gibt es keine Aussagen zur Freistellung vom Unterricht, weil der Feuerwehrverband bisher ganz offensichtlich ebenfalls kein Problem gesehen hat. Wenn Sie einen Fall kennen, wo das irgendwie problematisch geworden ist, dann bitte ich herzlich darum, dass Sie uns das mitteilen. Bisher wurde aber von keiner Seite ein über die Verordnung hinausgehender Regelungsbedarf gesehen.“

Im Gespräch

... mit Bettina Brück

Im Rahmen unserer Arbeitskreisklausur haben wir Bettina Brück, die bildungspolitische Sprecherin der rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktion, zu uns eingeladen, um mit ihr über Entwicklungen, Probleme und bildungspolitische Kontroversen zu sprechen. Der Austausch mit unserem Nachbarbundesland ist uns wichtig und bringt wertvolle Erkenntnisse und Inspiration.



v.l.n.r.: Karin Hartmann, Manuela Strube, Christoph Degen, Bettina Brück, Kerstin Geis, Turgut Yüksel

Termine und Veranstaltungen

Auszeichnung Verbraucherschule - Jetzt bewerben!

Zum dritten Mal zeichnet der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) Schulen als „**Verbraucherschulen**“ aus. Vom **21. Mai bis zum 30. September 2019** können sich Schulen anmelden und bewerben, die sich im besonderen Maß dafür engagieren, ihren Schülerinnen und Schülern Alltags- und Konsumkompetenzen zu vermitteln.

Bundesweit können alle allgemein- und neu auch berufsbildende Schulen die Unterstützungsangebote nutzen und sich für die Auszeichnung Verbraucherschule in Gold, Silber und ab diesem Jahr auch in Bronze bewerben. Bewerbungsschluss ist der 30. September 2019.

Im Netzwerk Verbraucherschule sind neben den bestehenden Unterstützungsangeboten ab Sommer 2019 verschiedene Webinare geplant. Sie bieten interessierten Lehrkräften einen Einstieg in die Handlungsfelder der Verbraucherbildung und Möglichkeiten zum Austausch mit den Experten und anderen Lehrkräften.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung

„Populismus, Fake News, Lügenpresse – Herausforderungen politischer Bildung an Schulen“

Können die Schulen den Schüler_innen noch die demokratischen Grundwerte unseres Grundgesetzes vermitteln, werden sie der großen Bedeutung der Politischen Bildung noch gerecht?

Freitag, 13.09.2019, 15:00 Uhr – 19:30 Uhr
Kongresspark Hanau, Schlossplatz 1, 63450 Hanau

Nach der Einführung zum Thema: Demokratieerziehung und Politischer Bildung in Hessen durch **Christoph Degen, MdL**, bildungspolitischer Sprecher der SPD in Hessen, stellt Prof. Dr. Sabine Achour, Freie Universität Berlin, die neue Studie „Politische Bildung an Schulen: Wer hat, dem wird gegeben“ von Prof. Dr. Sabine Achour und Susanne Wagner vor.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

IMPRESSUM:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring, V.i.S.d.P
Lisa Henties
Martina Häusl-David
Gerfried Zluga
Abgeordnetenportraits: Angelika Aschenbach /
SPD-Fraktion

Sie haben diesen Newsletter nur auf Umwegen erhalten und möchten ihn direkt beziehen?
Schicken Sie uns einfach eine kurze [E-Mail](#).